

# Rieserer Tagesblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Direktor:  
Ludwig Riese.  
Verleger:  
G. Riese.  
Postfach Nr. 22.

Das Rieserer Tagesblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkodente:  
Dresden 1800.  
Zirkel:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 296.

Donnerstag, 20. Dezember 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Rieserer Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7,30 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetermins sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für bis zu 20 mm breite, 1 mm hohe Grundzeile 6 Silben; 1/4 Gold-Pfennig; die 20 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennig; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Pette-Lese. Demjenigen, welcher den Druck verweigert, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät, Zahlungen und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage 'Schüler an der Elbe'. - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendetwelcher Störungen des Verkehrs der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten - hat der Bezahler keinen Anspruch auf Wiedereinsetzung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langen & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Ein neues deutsch-russisches Wirtschaftsabkommen.

Es ist begrifflich, daß die deutsche Delegation, die seit Ende November in Moskau über ein verbessertes Wirtschaftsabkommen verhandelt, den dringenden Wunsch hat, vor Weihnachten nach Deutschland zurückzukehren. Man wird daher versuchen, zu einem vorläufigen Verhandlungsergebnis zu gelangen und dieses in einem gemeinsamen Protokoll niederzulegen. Das engerfüßige Abkommen dürfte erst von dem neuen deutschen Botschafter b. Moskau unterzeichnet werden, der damit seine diplomatische Tätigkeit in Moskau in glücklicher Weise einleiten hofft.

Einen wesentlichen Fortschritt in Bezug auf die Verzögerung der deutsch-russischen Wirtschaftsbestimmungen wird man freilich in den bisherigen Ergebnissen der Moskauer Besprechungen nicht erblicken dürfen. Bekanntlich nahmen diese neuen Verhandlungen ihren Ausgang von dem Schachtel-Prozess und den in Verbindung mit ihm erfolgten Verhandlungen deutscher Ingenieure in Russland. Diese Vorgänge hatten den Beweis dafür erbracht, daß in den vertraglichen Bestimmungen, die bisher den deutsch-russischen Wirtschaftsverkehr regelten, erhebliche Mängel vorhanden waren. Drei Forderungen waren in dieser Hinsicht von deutscher Seite gestellt worden: einmal eine klarere Fassung des Begriffs der Wirtschaftsspyonage und dann ein besserer Schutz der Handelsaktivität Deutscher und deutscher Firmen in Russland. In beiden Fragen hat die Sowjetregierung ein gewisses Entgegenkommen gezeigt. Sie hat sich insbesondere bereit erklärt, an die russischen Geschäftsbearbeitungen neue Direktiven ergeben zu lassen, durch die der Besuch der verhaltensten Deutschen durch deutsche konsularische Vertreter noch vor Abschluß der Untersuchung gestattet wird. Das besagt allerdings recht wenig. Wichtiger erscheint es uns, die Vertreter deutscher Firmen in Russland überhaupt davor zu schützen, daß sie wegen angeblicher Wirtschaftsspyonage oder antirevolutionärer Tätigkeit verhaftet werden können. Ob die in dieser Hinsicht jetzt erzielten Vereinbarungen genügen werden, um in Zukunft ernste Hemmnisse und Unterbrechungen des deutsch-russischen Wirtschaftsverkehrs unmöglich zu machen, das wird im wesentlichen von dem weiteren Verhalten der Sowjetbehörden gegenüber den in Russland tätigen deutschen Kaufleuten, Ingenieuren und Monteuren abhängen.

Unverändert geblieben ist bei den Moskauer Verhandlungen die gleichfalls schon umrittene Frage der Zusammenfassung der deutsch-russischen Schlichtungskommission. Der deutsch-russische Wirtschaftsvertrag vom 12. Oktober 1925 sah zwar die Einsetzung einer solchen Schlichtungskommission vor. Sie konnte aber bisher nicht in Funktion treten, weil ihre Bildung und Zusammenfassung zwischen den Parteien strittig war. Voraussetzlich wird diese unerledigte Frage nur auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen zwischen Berlin und Moskau geregelt werden müssen. Bekanntlich sind ohnehin für Februar neue Verhandlungen über Fragen des deutsch-russischen Wirtschaftsverkehrs vorgesehen, die diesmal in Berlin geführt werden sollen. Man hofft aber bis dahin das Problem der Schlichtungskommission gelöst zu haben, besonders auf Grund der persönlichen Besprechungen, die der neue deutsche Botschafter in der Zwischenzeit in Moskau führen wird.

Gewisse Zueignungen hat die Sowjetregierung dagegen in der Frage der Schiedsgerichtsbarkeit für die deutschen Konzeptionsverträge mit Russland gemacht. In den älteren Verträgen fand sich nämlich noch die Bestimmung, daß der Schiedsgerichtspräsident von den Sowjets ernannt werden müsse. Man hat sich jetzt entschlossen, diese Bestimmung abzuändern, daß auch deutsche Männer zugelassen werden sollen. Die Russen hoffen hierdurch ein besseres Zusammenarbeiten zwischen dem Hauptkongressionsausschuß in Moskau und der Deutschen Botschaft herzustellen, ein Beweis, daß sie zu dieser ein erhöhtes Vertrauen haben.

Wenn also die Moskauer Verhandlungen, die hauptsächlich auf deutscher Seite von dem Ministerialdirektor Dr. Basse aus dem Reichswirtschaftsministerium und dem Vortragenden Legationsrat im auswärtigen Amt Dr. Marquis geführt worden sind, keine großen positiven Erfolge in Bezug auf die Fortbildung und Klärung der Bestimmungen des deutsch-russischen Wirtschaftsabkommens vom 12. Oktober 1925 erzielt haben, so dürften sie doch das geschwächte Vertrauensverhältnis zwischen den Vertragskontrahenten wesentlich verbessern. Sie schufen damit die wünschenswertesten Grundlagen und eine erfreulichere Stimmung für die Konferenzen, die Ende Dezember zwischen dem russischen Außenminister Tschichirin und Dr. Stresemann in Berlin stattfinden sollen, und bei denen voraussichtlich das Gesamtproblem der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen von neuem aufgerollt werden wird. Bis dahin wird voraussichtlich die deutsche Moskauer Delegation mündlich dem Reichsaussenminister über den Verlauf der Moskauer Verhandlungen berichtet haben.

## Schulschiff „Deutschland“ in Puerto Caballo.

X Bremen. Das Schulschiff „Deutschland“ des Deutschen Schulschiffs-Vereins ist am 18. Dezember wohlbehalten in Puerto Caballo angekommen. Es wird am 2. Januar nach San Juan de Puerto Rico weiterfahren.

## Chamberlain über seine Luganer Besprechungen.

X London. Im Unterhaus wurde Chamberlain von verschiedenen Mitgliedern befragt, ob er über seine Besprechungen in Lugano insbesondere hinsichtlich der Rhein- und der Reparationsfrage eine Erklärung abzugeben gedenke.

Chamberlain führte aus: Ich habe dem in Lugano ausgegebenen gemeinsamen Communiqué wenig hinzuzufügen. Die Ratstagen in Lugano war das erste Zusammentreffen zwischen Irland, Dr. Stresemann und mir seit März. Sie gab uns Gelegenheit zur Befestigung einiger Rührerklärungen und zu einem sehr freundschaftlichen Meinungsaustausch, wie er jedes Mal bei unserm Zusammentreffen statufindend pflegt. Es wurde kein neuer Beschluß gefaßt oder angekreht. Die Reparationsfrage wird auf dem ordentlichen Wege behandelt, und wir haben nicht verucht, die diesbezüglichen Verhandlungen, deren Mittelpunkt Paris ist, durch Parallelverhandlungen zu komplizieren. Wir sind darüber einig, daß in erster Linie die Einsetzung des Sachverständigenausschusses gesichert werden muß, und wir hoffen, daß dieser Ausschuss möglichst bald nach Beginn des neuen Jahres die Arbeit aufnehmen kann. Unsere Erörterungen über die anderen in der Septemberentscheidung der sechs Mächte erwähnten Fragen hatten lediglich sondierenden und vorbereitenden Charakter. Aber ich gewann aus ihnen den Eindruck, daß die Umstände einer Lösung günstig sind, wenn weitere Polemiken vermieden werden können, solange die Sachverständigen an der Erfüllung ihrer Aufgaben arbeiten. Das ist alles, was ich im öffentlichen Interesse und im Interesse des Friedens gegenwärtig sagen kann.

Im weiteren Verlauf der Unterhausdebatten fragte Kenworthy: Werden irgendwelche Vorschläge gemacht werden, um die Räumung des Rheinlandes zu erreichen? Ist es richtig, daß jetzt mit der Räumungsfrage ein sogenannter vorläufiger Vorschlag verhandelt wird? Chamberlain antwortete: Ich habe bereits mitgeteilt, daß ich in den von mir erteilten Antworten alles gesagt habe, was im öffentlichen Interesse Englands oder im Interesse des Friedens zu sagen ist. Ich muß es ablehnen, irgend eine weitere Frage zu beantworten.

Auf diese Erklärung Chamberlains folgte ein Meinungsaustausch zwischen Mitgliedern der Arbeiterpartei und dem Sprecher. Der Sprecher gestattete nicht, daß weitere Fragen in dieser Sache gestellt wurden, und die Mitglieder der Arbeiterpartei protestierten dagegen, daß es ihnen, wenn es auch dem Minister nicht versagt werden könne, eine Antwort abzugeben, nicht wenigstens gestattet wäre, Fragen zu stellen.

## Wiedertritte des Reichsgerichtspräsidenten.

X Berlin. (Telunon.) Die von demokratischer Seite berichtet wird, bestätigt es sich, daß Reichsgerichtspräsident Dr. Simon sein Wiedertrittsgesuch beim Reichspräsidenten eingereicht hat. Der Reichspräsident hat sich in diesem Zusammenhang das Reichsgericht gebildet, demütigt sich, Dr. Simon zur Annahme seines Wiedertrittsgesuches zu bewegen. Das Reichskabinett wird sich wahrscheinlich am Freitag mit der Angelegenheit befassen. Von zukünftiger Stelle liegt eine Bekämpfung dieser Meldung bisher noch nicht vor.

## Adresse Dr. Stresemanns nach Berlin.

X Lugano. Reichsminister Dr. Stresemann hat gestern abend mit dem fahrplanmäßigen Schnellzuge kurz nach 5 Uhr die Adresse nach Berlin angetreten, wo er heute nachmittag eintrifft. Zum Abschied hatten sich Vertreter der deutschen Kolonie mit dem Konjul Franzen an der Spitze am Bahnhof eingefunden.

## Im Reichsrat

Wibmete in der Diskussion vom Mittwoch nachmittag der Vorliegende Staatssekretär Zweigert dem verstorbenen Reichsratsmitglied Dr. Denning (Vertreter der Wroding Westfalen) einen warm empfundenen Nachruf.

Einverstanden erklärte sich der Reichsrat mit den Beschlüssen des Reichstages auf der Vorlage über Erhaltung von Reichsanwaltschaftsgebühren in Armenien, der Novelle zur Unfallversicherung, der Vorlage über Sonderfürsorge bei beruflicher Arbeitslosigkeit, der auf Initiative des Reichstages beschlossenen Einaufhebung der Steuer des § 10 des Grundbesitzsteuergesetzes und der Verlängerung des Gesetzes über den Verkehr mit wachsenden Metallen um nur ein halbes Jahr. Anträge auf Erhebung von Einspruch gegen mehrere dieser Gesetze, die die Länder finanziell belasten, wurden abgelehnt, dagegen mehrere Resolutionen angenommen, wonach spätestens bei Neuregelung des Finanzangelegenheit den Ländern die entfallenden Webersohle ersetzt werden sollen. Das Übereinkommen über die Schiedsgerichtsbarkeit mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika, das Handelsabkommen mit China und die Handelsverträge mit der Südafrikanischen Union und mit Panama wurden endgültig angenommen. Zur Annahme gelangte auch der Antrag auf ein Abkommen mit Polen betreffend die Benutzung und Unterhaltung des Zielen-Friedrichs-Stollens und über ein weiteres

Abkommen richtete dann an Chamberlain die Frage, ob er im Hinblick darauf, daß die deutsche Regierung es abgelehnt habe, irgend eine Art von Kontrolle im Rheinland nach 1935 in Erwägung zu ziehen, mitteilen wolle, ob diese Ablehnung oder die französische Forderung nach einer solchen Kontrolle die Unterstützung der englischen Regierung habe. Chamberlain verwies den Fragesteller auf die Angaben des dritten Abschnittes der Presse in Genf am 16. September übergebenen Communiqué und auf die Angaben der Presse in Lugano am 15. Dezember übergebenen Communiqué und lenkte die Aufmerksamkeit des Fragestellers besonders auf den letzten Absatz des Communiqué von Lugano, das er zitierte.

Wedgwood entgegnete darauf, dies beziehe sich nicht auf seine Frage. Er fragte weiter: Treten wir in den Verhandlungen, die jetzt im Zusammenhang mit der Dauer dieses Kontrollausschusses vor sich gehen, für den französischen Vorschlag ein, daß der Kontrollausschuß auch nach 1935 weiterbestehen soll, oder für den deutschen Vorschlag, der seine Dauer bis 1935 begrenzt wissen will, oder haben wir in dieser Frage überhaupt nicht Stellung genommen?

Chamberlain verwies Wedgwood auf seine Entgegnung auf die vorhergehende Frage und erklärte, er habe alles gesagt, was gegenwärtig nützlich oder angemessen zu sagen sei.

## Lebhafte Auseinandersetzung im Unterhaus.

X London. Im Unterhaus führte, wie ergänzend gemeldet wird, Chamberlains zurückhaltende Antwort über die Besprechungen in Lugano zu einer lebhaften Szene. Als Chamberlain auf die Frage Kenworthys, ob irgend welcher Fortschritt in der Rheinlandräumung gemacht wurde, es ablehnte, mehr zu sagen, sprangen mehrere Arbeitermitglieder von ihren Sitzen auf und forderten entschieden weitere Einzelheiten über die Verhandlungen in Lugano. Wedgwood erklärte: Darf Chamberlain es ablehnen die Informationen zu geben, um die er ersucht wird? Dies führte dazu, daß von konversativer Seite Wedgwood zugerufen wurde, daß er sich setzen solle. Die Erklärung des Sprechers, daß Chamberlain im Recht sei, wenn er es ablehnt, weiter auf die Sache einzugehen, führte zu neuen Zwischenrufen. Der Arbeiterabgeordnete Kirkwood rief: Solange unsere Truppen am Rhein bleiben, kann man keinen Frieden erwarten. Dies hängt an, lächerlich zu werden. Als sich hierauf Chamberlain erhob, wurde er niedergedrückt und mußte sich wieder setzen. Der Lärm dauerte an.

Abkommen mit Polen über die Fischerei in den Grenzgewässern und Grenzgebieten.  
Der Reichsrat erklärte sich damit einverstanden, daß die Höchstzahl der für das Jahr 1929 auslaufenden ausländischen Landarbeiter auf 110 000 mit einer Reserve von 10 000 für Notfälle festgelegt wird.

Angenommen wurden die neue Arzneitaxe und das neue Verzeichnis über den Verkehr mit Gasmitteln, ferner eine Novelle zum Opiumgesetz, die härtere Vorschriften gegen den Mißbrauch von Betäubungsmitteln trifft. Zum Vorhanden des Patentamts soll dem Reichspräsidenten Landgerichtsdirektor Säuß vorge schlagen werden, der lange Jahre hindurch eine Privatamter geleitet hat, in der Patent-Prozesse bearbeitet wurden.

## Der deutsche Gesandte in Helsinki gestorben.

X Berlin. Am 18. Dezember ist der Gesandte in Helsinki, Oskar Schmidt, im Alter von 48 Jahren gestorben. Aus dem schwedischen Verwaltungsdienst hervorgegangen, trat er im Jahre 1910 in den auswärtigen Dienst ein. Bis zum Kriegsausbruch war er als Vizekonsul in Moskau tätig, trat dann in den Dienst und wurde im Juli 1917 der Gesandtschaft in Kopenhagen zugewiesen. Im Jahre 1920 erfolgte seine Versetzung in das auswärtige Amt, wo er 1922 zum Vortragenden Legationsrat ernannt und 1924 zum Dirigenten bestellt wurde. Seit 1925 war er Gesandter in Helsinki.

Der verstorbene Gesandte war ein ausgezeichneter Kenner der Ostfrage. In seiner letzten diplomatischen Stellung als Gesandter in Finnland hat er es mit großem Geschick verstanden, die freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen Finnland und Deutschland bestehen, zu pflegen und weiter zu vertiefen. Er hat sich in allen innenpolitischen und außenpolitischen Fragen hervorragend bewährt und Ausgezeichnetes geleistet. Ein dauerndes ehrenvolles Gedächtnis ist ihm sicher.

## Vorbereitung zum bevorstehenden Nordpolflug.

X Den Haag. Die Sowjetische Sektion der „Veractit“ hielt eine Sitzung ab, in der über verschiedene Maßnahmen zur Unterstützung des bevorstehenden Nordpolfluges des Luftschiffes „Oraf Juppelin“ beraten wurde. Zur Orientierung des Luftschiffes, das auch Gebiets der Sowjetunion überfliegen wird, soll in den arktischen Wetterwarten und Funkstationen der Sowjetunion ein regelmäßiger Wetter- und Nachrichtendienst eingerichtet werden.